

## **Unsere langfristige Lebensmittelsicherheit liegt in euren Händen!**

**Parlament Magazin, 7. November 2011** – Die größte Bedrohung der Europäischen Lebensmittelsicherheit ist die weit verbreitete, nicht nachhaltige Land- und Tierhaltungswirtschaft die auf Monokulturen und die Abhängigkeit von Pestiziden, Düngemitteln und Futtermittelimporten basiert und zu einer Verschwendung von Wasser und Boden Degradation führt. In den letzten 8 Jahren sind 20% der Landwirtschaftlichen Betriebe verschwunden, meist solche die für die Umwelt besonders wertvoll waren, während 20% der für die Umwelt besonders schädlichen Betriebe 80% der EU Agrar-Subventionen erhalten.

In Zeiten von Sparpolitik und Haushaltslöchern zählt jeder Euro. Wenn wir weiterhin beträchtliche Mengen an Steuergelder in den Agrarsektor stecken, muss dies einen Anreiz zur nachhaltigen Landwirtschaft und faire Einkommensbedingungen für Landwirte schaffen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) kann seine Rechtmäßigkeit nur dann wiedererlangen, wenn es die Gelder für langfristige Investitionen in den Schutz der Natürlichen Ressourcen steckt, von denen alle landwirtschaftlichen Aktivitäten abhängig sind.

Die Umweltmaßnahmen der GAP, wie sie gegenwärtig von der Kommission vorgeschlagen werden, sind viel zu schwach. Solange diese Maßnahmen nicht deutlich gestärkt werden, wird die EU es nicht schaffen den gravierenden Problemen unseres Landwirtschafts-Sektors entgegen zu wirken und dabei unserer Umwelt, Lebensmittelsicherheit, den zukünftige Perspektiven unserer Bauernhöfe und der Glaubwürdigkeit der EU selbst schaden.

Eine vertretbare GAP muss, als absolutes Minimum, ein aussagekräftiges Paket der wesentlichen Maßnahmen, wie Naturschutzgebiete, Fruchtwechsel, und Grünland Schutz, beinhalten. Auch muss sie stabile anderweitige Verpflichtungen und eine erhebliche Stärkung der ländlichen Entwicklung mit einschließen.

Der Schutz der natürlichen Ressourcen, von denen die Landwirtschaft abhängt und welche zur Sicherung ihrer mittel- und langfristigen Wirtschaftlichkeit unabdingbar sind, muss Teil der Lösung sein.

Die Möglichkeit einer richtigen Reform darf nicht für die Zufriedenstellung einer Interessensgruppe geopfert werden.

Wir appellieren an ALLE Mitglieder des Europäischen Parlaments, Stellung zu einer grünen Reform zu beziehen. Die Zukunft unserer Landwirte, Lebensmittel und unserer Umwelt hängt davon ab.